



Fraktionspapier Grüne/EFA

Name: Die Grünen/ Europäische freie Allianz

Größe: 51 Abgeordnete, 7 Prozent der Sitze im Europäischen Parlament

Zusammensetzung: 18 Mitgliedstaaten und 26 unterschiedliche Parteien

5 Internetseite: www.greens-efa.eu

Die Grünen sind seit 1982 im Europäischen Parlament vertreten. Die Fraktion „Grüne/EFA“ wurde 1999 gegründet und unterteilt sich in den Verbund der Europäischen Grünen, auf den etwa 40 Parlamentarier entfallen, sowie die Europäische Freie Allianz, eine Gruppe, die 6 Abgeordnete von verschiedenen regionalen Unabhängigkeitsparteien versammelt. Des Weiteren haben sich ein paar unabhängige Delegierte der Fraktion angeschlossen.

Ein großer Teil der 51 Abgeordneten stammt aus Deutschland und Frankreich, die überwiegende Mehrheit stammt aus Westeuropa. Wie auch bei den deutschen Grünen üblich, wird die Fraktion von einer quotierten Doppelspitze geführt. Diese wird zurzeit durch Ska Keller aus Deutschland und Phillipe Lamberts aus Belgien gebildet.

Grundüberzeugungen

Wir, die Fraktion Grüne/EFA, wollen eine Gesellschaft aufbauen, die die Grundrechte des Einzelnen als die Grundlagen unserer Gesellschaft schützt. Eines unserer wichtigsten Anliegen ist die Forderung nach mehr Transparenz und Demokratie in der europäischen Politik, insbesondere im Europäischen Rat und der Europäischen Kommission. Außerdem möchten wir zu einem demokratischeren Europa mit sozialen, kulturellen und ökologischen Werten hin und von dem alleinigen Gedanken der Wirtschaftsunion weg arbeiten.

Wir treten ein für eine engere Zusammenarbeit innerhalb der EU sowie den Partnerländern. Wir kämpfen für das Recht auf Selbstbestimmung und glauben an eine Europäische Union, die auf dem Subsidiaritätsprinzip beruht.

Darüber hinaus setzen wir uns für mehr Solidarität, gesicherte Bürgerinnen- und Bürgerrechte für jeden ein, auch für diejenigen, die aus nicht-EU-Staaten kommen.

Innere Sicherheit

Wir erkennen die Notwendigkeit eines europaweiten Vorgehens gegen Terrorismus. Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, dass wie viele Probleme auch der Terrorismus einzig in der Wurzel bekämpft werden kann. Daher fordern wir, dass sich das Europäische Parlament für mehr Integration innerhalb der Mitgliedstaaten ausspricht.



35 Besonders wichtig ist, dass der Begriff ‚Terror‘ nicht leichtfertig verwendet wird, so dass er wiederum leichtfertig missbraucht werden kann. Eine klare Definition ist zwingende Grundlage für eine gemeinsame, konstruktive Debatte innerhalb der Europäischen Institutionen und für eine erfolgreiche Kooperation innerhalb der Europäischen Union.

40 Ein solch heikles Thema, das so viele Menschen betrifft, muss gut ausgearbeitet und durchdacht werden und die übliche Folgeabschätzung der Richtlinien des Europäischen Parlaments muss auf jeden Fall durchgeführt werden. Dabei handelt es sich um eine Untersuchung der eigentlichen Auswirkungen.

45 Bei einer Richtlinie zu Anti-Terror-Maßnahmen dürfen keine neuen Straftatbestände geschaffen werden, die es in vielen EU-Ländern bisher nicht gibt. Vor allem keine, die unklar sind, etwa, wenn es um Reisen innerhalb der Europäischen Union geht oder wenn es darum geht, dass die Möglichkeit eines erheblichen wirtschaftlichen Schadens bereits die Definition des Terrorismus eröffnet.

50 Wir sind der festen Überzeugung, dass es einen Eingriff in die Grundrechte in Form einer Netzsperrung nur nach einem richterlichen Beschluss geben darf. Gleichzeitig muss beachtet werden, dass Whistleblower, verschlüsselte Internettechnologien oder Anonymisierungsdienste, die zur Sicherung von Freiheiten dienen, nicht unter Terrorverdacht fallen. Ansonsten kann die staatliche Blockade von Webseiten sehr schnell zur Zensur regierungskritischer Inhalte führen.

55 Es dürfen auf keinen Fall öffentliche Proteste und andere friedfertige Handlungen kriminalisiert werden, die Meinungsfreiheit darf nicht unterdrückt, regierungskritische Stimmen nicht zensiert und die Menschenrechte nicht anderweitig eingeschränkt werden.

Es darf nicht passieren, dass Menschen unter Generalverdacht fallen und diskriminierende Praktiken wie zum Beispiel das Erstellen von ethnischen Profilen die Regel werden.

60 Der Rechtsschutz einiger weniger darf nicht zum vermeintlichen Gunsten einer Mehrheit vernachlässigt werden. Wenn dies passiert, begeht man einen schweren Verstoß gegen die grundlegenden Werte der Menschenrechte und wird weder Frieden noch Versöhnung oder Integration erfolgreich umsetzen können.

65 Stattdessen muss in die Ausbildung von Polizei und Justiz investiert werden. Behörden müssen auf europäischer Ebene besser koordiniert werden, die Finanzierung des Terrorismus muss bekämpft werden. Wir brauchen ein neues, europaweites Verständnis der inneren Sicherheit und müssen das veraltete Konzept der nationalen Sicherheit verabschieden. Wenn die Geheimdienste nur bis an ihre eigene Landesgrenzen denken, gefährdet das die Sicherheit von uns allen.



70 Des Weiteren sollten die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten den Weg dafür freimachen, dass die Europäische Staatsanwaltschaft (European Public Prosecutor's Office) auch gegen Terror und organisierte Kriminalität ermitteln kann. Wir dürfen nicht zulassen, dass Terroristen ihr Ziel erreichen und den Rechtsstaat ins Wanken zu bringen.

75 Wir sprechen uns deutlich gegen weitere Überwachungsmaßnahmen auf jedermann aus, denn flächendeckende Überwachung bringt keine Sicherheit.

Stattdessen müssen bereits bestehende terroristische Straftaten verfolgt werden und dies kann nur durch eine bessere Zusammenarbeit in Europa, zum Beispiel durch Ermittlungsteams bei Europol und durch eine bessere Ausstattung von Polizisten zur Verfolgung dieser Straftaten, erreicht werden.

80 Es muss untersucht werden, wie die Zusammenarbeit bei der Verhinderung von Terroranschlägen und der Bekämpfung von terroristischen Vereinigungen verbessert werden kann. Darüber hinaus muss geprüft werden, inwieweit Anti-Terror-Maßnahmen in die Grundrechte eingreifen.

85 Wir fordern die Etablierung von ernst zu nehmenden Aussteiger- und Opferschutzprogramme müssen und die Garantie von europaweiter Prävention und Aufklärung in der Schule.

Außerdem müssen die Lebensbedingungen und die Gefahr der Radikalisierung in Gefängnissen berücksichtigt werden und dementsprechend Bedingungen verbessert werden.